



**GRÜNE
JUGEND**

Kommune kaputt? Feminismus hilft!



Wahlkampagne zur
Niedersächsischen Kommunalwahl 2026



Kampagnenerzählung



Der Status quo

Niedersachsen ist unser Zuhause und zwar von der Großstadt bis ins kleinste Dorf. Hier entscheidet sich, wie wir leben. Ob nach dem Unterricht, dem Spätdienst oder dem Feiern noch ein Bus fährt. Ob wir uns nachts sicher fühlen. Und ob auch wirklich alle mitbestimmen dürfen.

Unsere Kommunen stehen aber unter enormem Druck. Rund 4 Milliarden Euro Defizit lasten auf unseren niedersächsischen Städten, Gemeinden und Landkreisen. Die Aufgaben werden mehr, das Geld reicht oft nicht aus und die Kommunen verlieren sich in hohen Schuldenbergen. Viel zu häufig wird dann zuerst dort gespart, wo es junge Menschen direkt trifft: bei Jugendzentren, Sozialarbeit, Kultur oder Schutzangeboten.

Aber wir sagen klar: Das ist keine Naturgewalt. Das sind politische Entscheidungen. Und die Folgen treffen nicht alle gleich.

FLINTA*-Personen übernehmen überdurchschnittlich viel unbezahlte Care-Arbeit, verdienen statistisch weniger und erleben Unsicherheit im öffentlichen Raum anders. Gleichzeitig sind nur knapp 30 Prozent der Sitze in niedersächsischen Gemeinderäten von FLINTA*-Personen besetzt und damit sind FLINTA*-Personen massiv unterrepräsentiert bei zentralen Entscheidungen der Kommunen. Doch wenn Kinderbetreuung fehlt, wenn Frauenhäuser voll sind, wenn Dritte Räume schließen, dann spüren das vor allem diejenigen, die ohnehin mehr Verantwortung tragen und von Ungerechtigkeit betroffen sind.

Das ist nicht gerecht. Und wir sind nicht bereit, uns daran zu gewöhnen.

Unsere Perspektive

Wir schauen auf Niedersachsen aus der Perspektive unserer Generation und aus einer queerfeministischen Perspektive. Für uns ist Feminismus kein Label, sondern ein politischer Kompass: Er fragt, wer zu wenig gehört wird, wer zu viel Last trägt und wer zu wenig Sicherheit hat. Eine Kommune, die aus dieser Perspektive plant, wird gerechter und ermöglicht ein gutes Leben für alle. Unsere Leitfrage lautet:

Macht diese Kommune unser Leben freier, sicherer und selbstbestimmter und das für alle?

Für uns wird Politik in mehreren Bereichen konkret:

- **Wohnen**, weil ein bezahlbares, sicheres Zuhause die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben für alle ist, die neu anfangen, ausziehen oder Schutz brauchen.
- **Bus und Bahn**, weil echte Freiheit heißt, jederzeit und überall sicher unterwegs sein zu können, ob im Dorf oder in der Großstadt.
- **Demokratie und Repräsentation**, weil Entscheidungen über unsere Städte und Gemeinden auch widerspiegeln müssen, wer dort lebt und weil mehr Repräsentation in Gremien und Planung dazu führt, dass öffentliche Räume für alle funktionieren.
- **Kultur**, insbesondere Jugendzentren, Subkulturen und Dritte Räume als Orte neben dem Zuhause und Arbeitsplatz, weil sie uns verbinden, stärken und politisieren und weil sie Herzstücke einer lebendigen Demokratie sind.
- **Asyl und Gerechtigkeit**, weil besonders geflüchtete FLINTA*-Personen und queere geflüchtete Personen besonderen Schutz brauchen, etwa durch Gewaltschutz in Unterkünften, Zugang zu Beratung und eine eigenständige Absicherung.
- **Klimaschutz**, weil die Klimakrise unseren Alltag trifft und bestehende Ungleichheiten verschärft, besonders für FLINTA*-Personen, und weil gerechter Klimaschutz unsere Kommunen lebenswerter, gesünder und für alle sicherer macht.

Das sind keine Randthemen. Das ist das Fundament eines selbstbestimmten Lebens. Denn wenn Politik sich an den Interessen Benachteiligter orientiert, profitieren am Ende alle und zwar durch bessere Infrastruktur, mehr Sicherheit und stärkeren Zusammenhalt.

Unsere Vision

Wir glauben an niedersächsische Kommunen, die Gleichberechtigung nicht nur versprechen, sondern konsequent feministisch gestalten.

- Wir wollen Kommunen, in denen bezahlbares Wohnen politischer Wille ist durch starken genossenschaftlichen und städtischen Wohnungsbau, der dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schafft.
- Wir wollen Kommunen, in denen alle sicher zu Hause sind und auch sicher nach Hause kommen, ob vom Pendeln, der Care-Arbeit oder vom Feiern, mit ÖPNV, der auch nachts zuverlässig fährt, Safe-Now-Zonen und klaren Schutzkonzepten.

- Wir wollen Kommunen, in denen FLINTA*-Personen sich dank guter Beleuchtung und sicherer Stadtplanung frei und sicher bewegen können.
- Wir wollen Kommunen, in denen Jugendzentren, Kulturinitiativen und FLINTA*-sichere, lokale Szenen Räume haben als Orte für Begegnung, Kultur und gelebte Demokratie.
- Wir wollen Kommunen, in denen FLINTA*-Personen stärker an Demokratie teilhaben durch transparente Strukturen, Kinderbetreuung bei politischen Terminen, bessere Vereinbarkeit von Mandat und Alltag und eine offenerere politische Kultur.
- Wir wollen Kommunen, die geflüchtete FLINTA*-Personen und queere geflüchtete Personen schützen mit sicheren Unterkünften, Gewaltschutz und unabhängigen Beratungsangeboten.
- Wir wollen Kommunen, in denen gerechter Klimaschutz Alltag ist mit bezahlbarer Energie, klimaresilienten Städten und Infrastruktur, die alle schützt und ein gutes Leben für alle ermöglicht.

Ja, wir kennen das Defizit. Aber wir akzeptieren nicht, dass daraus Stillstand wird. Haushaltspolitik ist keine Ausrede und queerfeministische Politik kein Zusatz. Beides ist eine Frage von Mut, neuen Ansätzen und klaren Prioritäten für Gleichberechtigung und Teilhabe.

Wir wollen Städte, Gemeinden und Dörfer, die Sicherheit für alle geben. Freiheit ermöglichen. Gemeinschaft stärken.

Und wir glauben: Das ist möglich.

Unsere Haltung

Wir sind die niedersächsische progressive Kraft, die nicht nur verwaltet, sondern gestaltet und die feministische Politik zum Maßstab für gerechte Kommunen macht.

Wir wissen: Gleichberechtigung fällt nicht vom Himmel. Sie wird erkämpft, organisiert und politisch durchgesetzt. Gerade deshalb braucht es eine Generation, die Verantwortung übernimmt. Eine Generation, die sagt: Wenn Strukturen benachteiligen, verändern wir sie. Wenn Stimmen fehlen, machen wir sie hörbar. Wenn Räume unsicher sind, gestalten wir sie neu.

Wir träumen nicht nur von einem feministischen Niedersachsen, wir bauen es auf. Vor Ort. Gemeinsam. Schritt für Schritt.

Unser Motto: Das Land gehört uns allen. Gestalten wir Niedersachsens Städte, Gemeinden und Dörfer neu – frei, gerecht und selbstbestimmt.

Packen wir es an und machen uns gemeinsamen an den Wahlkampf!

Hinweise



Die folgenden Aktionsideen sollen euch dabei unterstützen, einfach und wirkungsvoll Wahlkampf vor Ort zu machen. Sie sind bewusst so gestaltet, dass ihr sie flexibel einsetzen und an eure eigenen Gegebenheiten anpassen könnt.

Für alle Aktionen steht euch eine allgemeine Checkliste zur Verfügung, an der ihr euch bei der Vorbereitung und Durchführung orientieren könnt. Nutzt diese als Unterstützung, aber lasst euch davon nicht einschränken. Darüber hinaus sollte die Organisation im Vorfeld geklärt werden. Dazu gehören die Auswahl eines geeigneten Zeitpunkts, die Aufgabenverteilung im Team sowie die Vorbereitung der Inhalte.

Achtet auf eine gute Kommunikation im Team und bezieht möglichst viele Menschen ein, die Lust auf Wahlkampf haben. Verteilt Aufgaben sinnvoll und sorgt dafür, dass sich alle einbringen können. Für die meisten Aktionen reicht bereits ein kleines Team von zwei bis vier Aktiven aus. Sprecht im Vorfeld unbedingt ab, wie ihr mit schwierigen Situationen umgehen wollt. Nicht jedes Gespräch wird einfach verlaufen. Bleibt ruhig und respektvoll, aber setzt auch klare Grenzen. Wichtig ist außerdem: Führt Aktionen nicht alleine durch. Seid mindestens zu zweit, besser zu dritt oder mehr, damit ihr euch gegenseitig unterstützen könnt.

Neben den vorgeschlagenen Aktionen könnt ihr selbstverständlich auch eigene Ideen umsetzen, die zu euch und eurem Wahlkampf vor Ort passen. Sprecht euch dabei gerne mit den Grünen vor Ort ab, um Aktionen gemeinsam umzusetzen und euch gegenseitig zu unterstützen.

Je nach Thema und Aktion kann es sinnvoll sein, mit lokalen Initiativen oder Organisationen zusammenzuarbeiten. Beispielsweise bei dem Thema "Asyl und Gerechtigkeit" gibt es mit Flüchtlingsorganisation oft bereits engagierte Gruppen vor Ort, die viel Erfahrung und Expertise mitbringen. Eine Zusammenarbeit kann eure Aktionen stärken, neue Perspektiven eröffnen und zusätzliche Menschen erreichen.

Schaut dabei, was sich für euch vor Ort anbietet und was ressourcentechnisch machbar ist, auch kleinere Kooperationen können bereits einen großen Mehrwert bringen.

Wenn ihr Aktionen als Stand durchführt, denkt daran, rechtzeitig eine Genehmigung bei der Stadt einzuholen. In der Regel reicht dafür eine kurze E-Mail mit Angaben zu Ort, Zeitpunkt und Art der Aktion. Meist werden solche Anfragen unkompliziert genehmigt.

Und macht eure Aktionen natürlich auch gerne sichtbar, sowohl vor Ort als auch online. Plant von Anfang an mit, wie ihr Fotos oder Eindrücke festhältet und über Social Media teilt, um eure Reichweite zu erhöhen.

Wichtig ist nicht die perfekte Vorbereitung, sondern dass ihr ins Machen kommt. Geht mit den Menschen vor Ort ins Gespräch, hört zu und bringt eure Themen ein. Setzt die Aktion so um, wie es eure Ressourcen zulassen, ob klein oder groß.

Checkliste

Vor der Aktion

- Ort und Format der Aktion festlegen
- Datum und Uhrzeit bestimmen
- ggf. Standgenehmigung einholen
- Materialien bestellen oder vorbereiten
- zusätzliche Materialien selbst organisieren
- ggf. lokale Inhalte vorbereiten (z. B. der eigenen Kommune)
- Aufgaben im Team verteilen
- Aktion bewerben (Social Media, ggf. Presse, Flyer)

Während der Aktion

- Aufbau und sichtbare Gestaltung der Aktion
- aktiv auf Menschen zugehen und ansprechen
- Gespräche führen und zuhören, Inhalte verständlich vermitteln
- Fotos oder Videos für Social Media machen

Nach der Aktion

- Social-Media-Beitrag posten
- Ergebnisse sichern (z. B. Notizen, Fotos, markierte Karten)
- Erkenntnisse und Forderungen weitergeben (z. B. an Fraktion etc.)
- kurze Auswertung im Team machen

Aktionsideen



- Wohnen
- Bus und Bahn
- Demokratie und Repräsentation
- Kultur
- Asyl und Gerechtigkeit
- Antifaschismus



Quadratmeter-Check: Wie viel kostet deine Wohnung wirklich?

Bei dieser Aktion machen wir steigende Mieten und die Wohnungsnot konkret sichtbar und erfahrbar. Im Mittelpunkt steht ein einfaches Ratespiel: Wir präsentieren besonders absurde oder überteuerte Wohnungsanzeigen ausgedruckt, zunächst ohne den Mietpreis. Passantinnen und Passanten werden eingeladen zu schätzen, wie hoch die Miete für die jeweilige Wohnung ist. Die tatsächlichen Preise werden anschließend aufgelöst und sorgen oft für Überraschung und Gesprächsanlässe.

So wird schnell deutlich, wie stark die Mieten in vielen Kommunen gestiegen sind und wie wenig sie noch mit der Lebensrealität vieler Menschen zu tun haben. Ergänzend kann eine Kreideaktion durchgeführt werden: Ein Quadratmeter wird auf dem Boden markiert und mit der Frage verbunden, was ein Quadratmeter Wohnraum in der jeweiligen Kommune durchschnittlich kostet. Auch hier wird nach dem Schätzen die reale Zahl genannt und eingeordnet.

In den Gesprächen wird deutlich gemacht, wen hohe Mieten besonders betreffen. Dazu gehören insbesondere FLINTA*-Personen, etwa aufgrund geringerer Durchschnittseinkommen, bei Alleinerziehenden oder im Alter. Auch fehlender bezahlbarer Wohnraum erschwert es vielen Betroffenen von Gewalt, Frauenhäuser zu verlassen. Gleichzeitig sind junge Menschen wie Auszubildende und Studierende sowie queere Personen besonders stark von steigenden Mieten betroffen.

Am Ende steht die klare politische Botschaft: Wohnen ist ein Grundrecht und darf kein Spekulationsobjekt sein.

Unsere Forderung: Wir fordern massive Investitionen in den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau sowie verbindliche Quoten für sozialen Wohnungsbau bei Neubauprojekten.

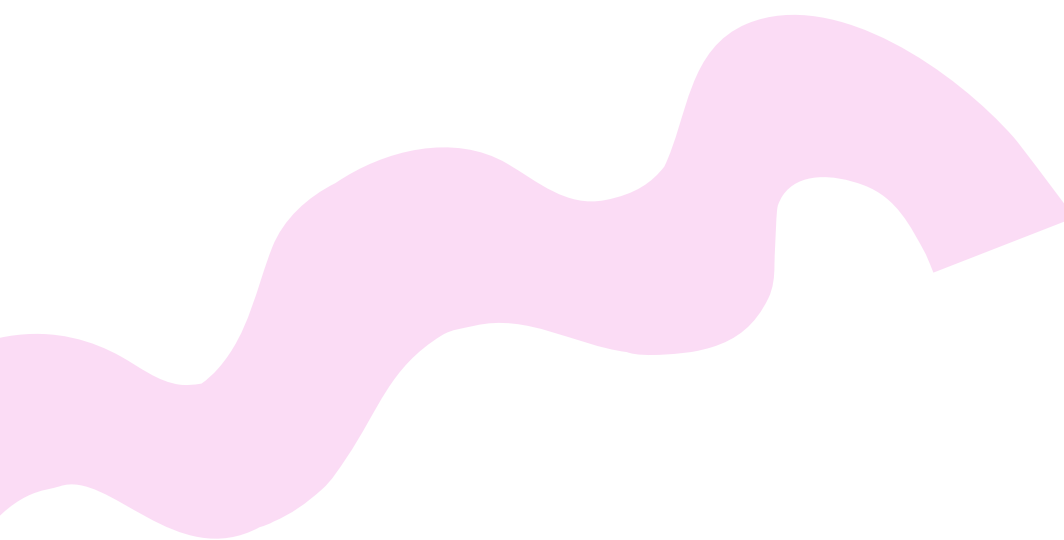
Bestellbar bzw. im Anhang bereitgestellt

- Vorbereitete überteuerte Wohnungsanzeigen ohne Mietpreise sowie Informationsblatt mit den entsprechenden Mietpreisen (Anhang)
- Informationsblatt zu kommunalen Wohnungsbaugesellschaften (Anhang)
- Informationsblatt zu hohen Mieten und Betroffenen (Anhang)

Selbst zu organisieren

- ggf. Infostand und Standmaterial
- ggf. Genehmigung für den Stand durch die Stadt
- lokale Mietpreise zur Einordnung
- Maßband für die Quadratmeter-Markierung
- Kreide für die Bodenaktion

Darüber hinaus sollte die Organisation im Vorfeld geklärt werden. Dazu gehören die Auswahl eines geeigneten Ortes, die Aufgabenverteilung im Team sowie die Vorbereitung der Inhalte. Ein kleines Team von zwei bis vier Aktiven reicht in der Regel aus, um die Aktion durchzuführen.



Nachtlicht: Sicher nach Hause!

Bei dieser Aktion laden wir junge Menschen unter dem Motto „Wie kommt ihr nach dem Feiern sicher nach Hause?“ in eine Kneipe, Bar, ein Jugendzentrum oder einen anderen geeigneten Ort ein. Wir übernehmen, sofern das Budget es ermöglicht, die ersten Getränke bzw. unsere bestellbare GJ-Limo und den GJ-Energy-Drink und kommen in lockerer Atmosphäre ins Gespräch. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie junge Menschen nachts nach Hause kommen und wo dabei Probleme entstehen. Fahren sie selbst, werden sie abgeholt oder gibt es schlicht kein passendes Angebot im öffentlichen Nahverkehr?

Ein besonderer Fokus liegt auf dem Sicherheitsempfinden auf dem Heimweg. Gerade FLINTA*-Personen sind häufiger von Unsicherheit betroffen und gleichzeitig stärker auf Bus und Bahn angewiesen. Gemeinsam wird besprochen, welche Orte als unsicher wahrgenommen werden und warum das so ist. Wichtig ist dabei die klare Einordnung: Unsicherheit entsteht durch übergriffiges Verhalten, meist durch Männer, nicht durch Herkunft oder Migration.

Aus den Gesprächen werden konkrete politische Forderungen entwickelt. Unterstützend können ein kurzes Quiz zur ÖPNV-Realität in Niedersachsen oder eine große Stadtkarte der jeweiligen Kommune eingesetzt werden, auf der unsichere Orte markiert werden. Diese Ergebnisse können im Anschluss an die lokale grüne Ratsfraktion übergeben werden, um den Druck für Verbesserungen zu erhöhen.

Die Aktion kann flexibel an die Gegebenheiten vor Ort angepasst werden. Statt in einer festen Location kann sie auch als Stand vor Kneipen, in Parks, an Bahnhöfen oder im Rahmen eines Wahlstands stattfinden. Wichtig ist, ins Gespräch zu kommen und die Perspektiven junger Menschen sichtbar zu machen. Unterschiedliche Ausgangslagen im ÖPNV in den Kommunen können und sollen dabei berücksichtigt werden.

Am Ende steht die klare politische Botschaft: Ein verlässlicher und sicherer öffentlicher Nahverkehr ist Voraussetzung dafür, dass alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Wohnort oder finanziellen Möglichkeiten sicher nach Hause kommen.

Unsere Forderung: Wir fordern den Ausbau eines sicheren und verlässlichen öffentlichen Nahverkehrs, insbesondere in den Nachtstunden. Dazu gehören unter anderem sichere Aufenthaltsbereiche an Verkehrsknotenpunkten, beispielsweise durch einen Ausbau von “SafeNow-Zones”, sowie ein flächendeckendes Angebot an zuverlässigen Nachtbussen, auch im ländlichen Raum.

Bestellbar bzw. im Anhang bereitgestellt

- Vorlage für ein Quiz zu Bus und Bahn in Niedersachsen (Anhang)
- Schild “Hier könnte dein Bus fahren”
- Gesprächsleitfaden (Anhang)
- Informationsblatt zu Safe-Now-Zones (Anhang)

Selbst zu organisieren

- geeignete Location oder Aktionsort, ggf. Standgenehmigung einholen
- Getränke für die Teilnehmenden (optional, je nach finanzieller Situation)
- eine große Stadtkarte, beispielsweise als Ausdruck
- Marker oder Klebepunkte zur Kennzeichnung unsicherer Orte
- Stifte

Darüber hinaus sollte die Organisation der Aktion im Vorfeld geklärt werden. Dazu gehören die Aufgabenverteilung im Team, die Bewerbung der Veranstaltung sowie die zeitliche Planung. Empfehlenswert ist ein kleines Team von mehreren Aktiven, das Moderation, Gesprächsführung und Öffentlichkeitsarbeit abdeckt. Optional kann eine Person mit kommunalpolitischer Expertise im Bereich Verkehrsplanung eingebunden werden.

Gleichberechtigung konkret - Wer repräsentiert uns eigentlich?

Bei dieser Aktion machen wir sichtbar, dass große Teile der Bevölkerung in kommunalen Parlamenten nicht ausreichend repräsentiert sind. Im Zentrum steht die Frage: Wer entscheidet eigentlich über unsere Stadt?

Dafür visualisieren wir das Ungleichgewicht zwischen Bevölkerung und politischer Repräsentation. Eine ausgedruckte Balkengrafik zeigt den Unterschied zwischen dem Anteil von FLINTA*-Personen an der Bevölkerung und ihrem tatsächlich durchschnittlichen Anteil im Gemeinderat.

Als Gesprächseinstieg können Passantinnen und Passanten schätzen, wie hoch der Anteil von Frauen im Gemeinderat ist oder wie viele Führungspositionen in der Verwaltung von ihnen besetzt werden. Die tatsächlichen Zahlen sorgen oft für Überraschung und eröffnen Gespräche darüber, warum politische Repräsentation noch immer ungleich verteilt ist.

Zusätzlich kann eine einfache Abstimmung eingebaut bzw. als Gesprächseinstieg genutzt werden, bei der sichtbar wird, wie unterschiedlich sich Menschen in unserer Demokratie repräsentiert fühlen. Dafür werden zwei durchsichtige Behälter, beispielsweise Plexiglasröhren oder große Gläser, mit zwei unterschiedlichen Antwortmöglichkeiten aufgestellt: „Ich fühle mich politisch repräsentiert“ und „Ich fühle mich nicht repräsentiert“. Die Teilnehmenden werfen jeweils einen Ball in den passenden Behälter. Durch die unterschiedlichen Farben der Bälle wird gleichzeitig sichtbar gemacht, welche Geschlechter sich wie stark repräsentiert fühlen. So entsteht direkt vor Ort ein anschauliches Bild, das Gespräche anregt und die Ungleichheiten greifbar macht.

Die Aktion eignet sich besonders gut für Orte mit viel Publikumsverkehr, etwa Innenstädte, Wochenmärkte oder Veranstaltungen. Gerade in ländlichen Räumen kann sie eine starke Wirkung entfalten, da dort die Unterrepräsentation oft besonders ausgeprägt ist.

Am Ende steht die klare politische Botschaft: Eine demokratische Gesellschaft muss sich auch in ihren Parlamenten widerspiegeln.

Unsere Forderung: Wir fordern eine stärkere Repräsentation von Frauen und marginalisierten Geschlechtern in kommunalen Parlamenten durch transparentere Strukturen sowohl in der Kommunalwahlpolitik als auch innerhalb von Parteien sowie niedrigere Zugangshürden zur Kommunalpolitik.

Bestellbar bzw. im Anhang bereitgestellt

- Informationsblatt zu Unterrepräsentation von FLINTA*-Personen (Anhang)
- Balken-Grafik zur Visualisierung der Repräsentationslücke (Anhang)

Selbst zu organisieren

- ggf. Infostand und Standmaterial
- ggf. Genehmigung für den Stand durch die Stadt (je nach Ort)
- lokale Zahlen zur Zusammensetzung von Gemeinderat und Verwaltung
- passende durchsichtige Behälter mit verschiedenfarbigen Bällen zur Abstimmung

Darüber hinaus sollte die Organisation im Vorfeld geklärt werden. Dazu gehören die Auswahl eines geeigneten Zeitpunkts, die Aufgabenverteilung im Team sowie die Vorbereitung der inhaltlichen Einordnung. Ein kleines Team von zwei bis vier Aktiven reicht in der Regel aus, um die Aktion durchzuführen.



Zur Party? Zur Party! – Wir lassen uns das Feiern nicht verbieten!

Bei dieser Aktion gehen wir dahin, wo junge Menschen feiern – vor Clubs, in Kneipen, an belebte Plätze. Wir spielen Flunky Ball oder Bierpong, verteilen Goodies wie Feuerzeuge oder Flaschenöffner und kommen dabei ins Gespräch. Im Mittelpunkt steht die Frage: Wie erleben junge Menschen das Nachtleben in ihrer Stadt und wo fehlt es an Räumen, Sicherheit und Angeboten?

Ein besonderer Fokus liegt auf der Situation von FLINTA*-Personen im Nachtleben. Sie sind häufiger von Übergriffen betroffen, fühlen sich in vielen Clubs und auf dem Heimweg unsicherer und sind gleichzeitig oft auf gut erreichbare, günstige Angebote angewiesen. Mit den Passant*innen wird besprochen, wo Türpolitik diskriminiert, wo Awareness-Konzepte fehlen und welche Orte sie als unsicher wahrnehmen.

Aus den Gesprächen können auch konkrete politische Forderungen entwickelt werden. Optional kann die Aktion auch als Kneipenwahlkampf umgesetzt werden: zum Beispiel durch eine Kooperation mit lokalen Clubs oder Kneipen für ein Format wie „Auf ein Bier/eine Limo mit ...“.

Die Aktion lässt sich flexibel anpassen: als Stand vor einem Club, als Spieleaktion im Park, als Auftritt in einer Kneipe oder im Rahmen eines Wahlstands. Wichtig ist, ins Gespräch zu kommen und die Perspektiven junger Menschen auf Nachtleben, Kultur und Sicherheit sichtbar zu machen.

Am Ende steht die klare politische Botschaft: Junge Menschen brauchen Orte, an denen sie einfach sie selbst sein können: ungefährdet, konsumarm und offen für alle.

Unsere Forderung: Wir fordern mehr unkommerzielle Freiräume für junge Menschen – zum Treffen, Feiern und Ausprobieren. Diese Orte müssen aktiv sicher gestaltet werden, insbesondere für FLINTA*-Personen. Das bedeutet: verbindliche Awareness-Konzepte in Clubs und auf Veranstaltungen, niedrighschwellige Schutzangebote im Nachtleben sowie Proberäume und Kulturorte, die unabhängig vom Geldbeutel zugänglich sind.

Bestellbar bzw. im Anhang bereitgestellt

- Feuerzeuge
- Flaschenöffner
- GJ-Limo und GJ-Energy-Drink
- GJ-Bierpong-Becher

Selbst zu organisieren

- geeignete Location oder Aktionsort, ggf. mit Anmeldung
- Tisch und ggf. weiteres Equipment
- Getränke für die Teilnehmenden (optional, je nach finanzieller Situation und Zielgruppe)
- Tischtennisbälle für Bierpong
- ggf. Kooperation mit einer lokalen Kneipe oder einem Club
- ggf. Ball für Flunky-Ball

Außerdem sollte die Organisation im Vorfeld geklärt werden: Aufgabenverteilung im Team, Bewerbung der Veranstaltung und zeitliche Planung. Empfehlenswert ist ein kleines Team, das Moderation, Gesprächsführung und Öffentlichkeitsarbeit abdeckt. Wichtig: Jugendschutz beachten – die Aktion soll einladend für alle sein, Alkohol ist kein Muss. Wer nicht trinkt, ist genauso willkommen.

Due ju speak Englisch? – Asylrecht darf nicht am Schreibtisch zerbrechen!

Bei dieser Aktion gehen wir an belebte Orte, wie Fußgängerzonen, Märkte, Bahnhöfe und machen sichtbar, was im deutschen Asylsystem wirklich passiert. Der Einstieg ist eine Schätzfrage: Wie viele Menschen haben in Deutschland in diesem Jahr einen Asylantrag gestellt? Die meisten tippen viel zu hoch. Die Auflösung überrascht und öffnet das Gespräch.

Dann kommen die Szenarien aus realen Anhörungen: Wir zeigen echte Beispiele aus Asylanhörungen und machen den Passant*innen so deutlich, wie diese zum Teil laufen. So machen wir bürokratische Schikane und die Absurdität des Systems für Außenstehende greifbar. Ein besonderer Fokus liegt auf der Situation von FLINTA*-Geflüchteten, die im Asylsystem oft doppelt benachteiligt sind: durch diskriminierende Verfahren und durch fehlenden Schutz vor (sexualisierter) Gewalt in Unterkünften. Gemeinsam wird darüber geredet, was sich ändern muss – in den Behörden, in der Unterbringung und in der kommunalen Politik.

Am Ende steht die klare politische Botschaft: Asylrecht ist ein Grundrecht. Es darf nicht am Schreibtisch zerbrechen.

Unsere Forderungen:

- Geflüchtete FLINTA*s haben ein Recht darauf, ausschließlich von FLINTA*s angehört und gedolmetscht zu werden. Auf kommunaler Ebene setzen wir uns dafür ein, dass die Ausländerbehörde geschlechtersensibel arbeitet und entsprechende Angebote garantiert.
- Bei jedem Gespräch muss ein*e Dolmetscher*in selbstverständlich anwesend sein – damit Unterstützung nicht von Herkunft und Sprache abhängt.
- Kommunen müssen juristische Unterstützung für Geflüchtete sicherstellen.
- Sonderbeauftragte für besonders schutzbedürftige Personen sind in alle relevanten Verfahren einzubeziehen.
- Wir lehnen kommunale Arbeitspflichten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz konsequent ab.

Bestellbar bzw. im Anhang bereitgestellt

- Echte Aussagen und Szenarien aus Anhörungen (Anhang)
- Argumentationshilfe zur Asylpolitik (inkl. Gegenargumente zu gängigen Aussagen und Informationen zu Abschiebungen von der IPPNW) (Anhang)
- Aktuelle Asylzahlen (Anhang)

Selbst zu organisieren

- geeignete Location oder Aktionsort, ggf. mit Anmeldung
- Goodies (lokal besorgen oder zentral bestellen)
- Tisch, ggf. Absperrband oder Aufsteller zur Sichtbarkeit

Außerdem sollte die Organisation im Vorfeld geklärt werden: Aufgabenverteilung im Team, Bewerbung der Veranstaltung und zeitliche Planung. Empfohlen wird ein kleines Team, das Moderation, Gesprächsführung und Öffentlichkeitsarbeit abdeckt. Mindestens eine Person sollte mit der aktuellen Asylgesetzgebung vertraut sein – dafür stellen wir ein Briefing bereit. Außerdem sollten Anlaufstellen für Betroffene (landesweit und kommunal) vorab recherchiert und kommuniziert werden.



Antifaschismus

Bei dieser Aktion wollen wir lokale AfD-Stände kreativ und sichtbar stören. Das kann beispielsweise durch laute Musik, Kazoos oder andere Lärminstrumente geschehen, um die Standbetreiber*innen zu irritieren und ihre Selbstdarstellung zu erschweren. Auch selbst gestaltete Schilder und Plakate eignen sich gut, um Gegenprotest sichtbar zu machen.

Bestellbar ist ein Anti-AfD-Flyer, Sticker und Goodies. Ergänzend kann vor Ort mit Sprüh- oder Straßenkreide gearbeitet werden, um Protestbotschaften oder Anti-AfD-Parolen gut sichtbar auf dem Boden in der Nähe des Standes anzubringen, sofern dies rechtlich zulässig ist.

Darüber hinaus lohnt es sich, sich mit lokalen Bündnissen, Initiativen oder anderen antifaschistischen Gruppen zu vernetzen. Gemeinsame Proteste sorgen nicht nur für eine größere Sichtbarkeit, sondern ermöglichen auch eine bessere gegenseitige Unterstützung und erhöhen die Sicherheit aller Beteiligten.

Bestellbar bzw. im Anhang bereitgestellt

- Anti-AfD-Flyer

Selbst zu organisieren

- Kreide/Sprühkreide
- Pappe für Schilder
- Mülltüten
- ggf. Kazoos, Musikbox für laute Musik etc.
- Sicherheitsfragen klären
- lokale Bündnisse kontaktieren

Darüber hinaus sollte die Organisation im Vorfeld geklärt werden. Dazu gehören die Auswahl eines geeigneten Zeitpunkts und Ortes, die Aufgabenverteilung im Team sowie die Vorbereitung der inhaltlichen Einordnung. Die Aktion sollte idealerweise mit mindestens vier bis fünf Personen durchgeführt werden. Vorab ist es wichtig, sich mit der lokalen rechten Szene auseinanderzusetzen und die Situation einzuschätzen. Die Aktion sollte nur stattfinden, wenn davon auszugehen ist, dass keine Gefährdung für die Beteiligten besteht.

The background is a solid pink color. In the top left, there are several overlapping, wavy, light pink shapes that resemble clouds or stylized waves. In the bottom left, there is a large, light pink circular shape, possibly representing a sun or a moon. On the right side, there are three hand-drawn, light pink stars of varying sizes. The word "Merch" is centered in the upper half of the image.

Merch

Sticker



Flyer

Kommune kaputt? Feminismus hilft!

GRÜNE JUGEND
Niedersachsen



Niedersachsen gehört uns allen!

Unsere Kommunen entscheiden über fast alles, was wir täglich erleben: ob ein Bus nachts noch fährt, ob es genug Kitaplätze gibt, ob Jugendzentren offen bleiben und ob Frauenhäuser ausreichend finanziert sind.

Doch rund 4 Milliarden Euro Defizit lasten auf niedersächsischen Städten, Gemeinden und Landkreisen. Wenn gespart wird, trifft es zuerst dort, wo es junge Menschen und FLINTA* (Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, transgeschlechtliche und agender Personen) Personen direkt spüren: bei Sozialarbeit, Kultur, Schutzangeboten und dem ÖPNV.

Das ist keine Naturgewalt, das sind politische Entscheidungen.

Gleichzeitig sind nur knapp 30 % der Sitze in niedersächsischen Gemeinderäten mit FLINTA*-Personen besetzt, obwohl sie über 50 % der Bevölkerung ausmachen. Wer nicht repräsentiert ist, wird auch beim Sparen übergangen.

Unsere Leitfrage für jede kommunale Entscheidung:
Macht diese Kommune unser Leben freier, sicherer und selbstbestimmter - für alle?

Unsere Forderungen:

Wohnen
Massive Investitionen in kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau mit verbindlichen Quoten für sozialen Wohnraum bei Neubauprojekten

Bus & Bahn
Sicherer und verlässlicher ÖPNV, besonders nachts - inklusive flächendeckender Nachtbusse im ländlichen Raum und Safe-Now-Zonen an Verkehrsknotenpunkten

Kultur & Freiräume
Erhalt und Ausbau von Jugendzentren, Subkulturen und FLINTA*-sicheren Räumen als Orte für Begegnung und gelebte Demokratie

Demokratie & Repräsentation
Mehr FLINTA*-Personen in Räten und Verwaltung - durch transparente Strukturen, Kinderbetreuung bei politischen Terminen und niedrige Zugangshürden

Asyl & Gerechtigkeit
Gewaltschutz in Unterkünften, weibliche Anführerinnen und Dolmetscherinnen für geflüchtete FLINTA*-Personen, keine kommunalen Arbeitspflichten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Herausgeber: Grüne Jugend Niedersachsen
in Zusammenarbeit mit: Bündnis für Vielfalt und Toleranz
Dokumentation 4
© 2019 Herausgeber

GRÜNE JUGEND
Niedersachsen

Überraschung!

Dieser Flyer stammt nicht von der AfD, sondern von der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen. Warum haben wir ihn so gestaltet? Weil viele Positionen der AfD oft harmloser klingen, als sie tatsächlich sind.

Die hier dargestellten Inhalte basieren auf Forderungen und Positionen der Partei und Parteifunktionär*innen.

Unser Ziel ist es zu zeigen, welche Folgen diese Politik für Frauen, genderqueere Personen, Migrant*innen oder auch Dich konkret bedeuten würde. Demokratie braucht informierte Entscheidungen. Deshalb: Hinterfrage Wahlversprechen, sei kritisch und bilde dir deine eigene Meinung.

Die AfD ist eine hochgefährliche, rechtsextreme Partei und muss verboten werden. Kein Platz für Ausgrenzung, Diskriminierung und rechte Hetze.

Das bekommst Du, wenn du AfD wählst:

- Die AfD will millionenfache Abschiebungen von Menschen mit Migrationsgeschichte. Gewaltsame Massendeportationen hatten wir in Deutschland schon mal. War scheiße.
- Die AfD setzt sich gegen die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen ein und damit aktiv gegen die Selbstbestimmung von Frauen.
- Die AfD lehnt die Erhöhung des Mindestlohns ab. Das heißt: Arme Menschen bleiben arm.
- Gleichzeitig will die AfD auch keine Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Einige wenige extrem Reiche profitieren dadurch, die Mehrheit nicht.

Foto: J. Schmitt - Fotolia.com

GRÜNE JUGEND
Niedersachsen

Das bekommst Du, wenn du AfD wählst:

- Die AfD stellt sich gegen alles, was vom klassischen Rollenbild von Vater, Mutter, Kind, abweicht. Dadurch werden Alleinerziehende oder gleichgeschlechtliche Paare völlig ohne Not ideologisch abgewertet.
- Pläne zur wirksamen Gleichstellung von Frauen in Politik und Wirtschaft hat die AfD überhaupt nicht.
- Die AfD fordert den Austritt aus der Europäischen Union. Würde konkret heißen: Die Preise steigen noch weiter, das Reisen und Arbeiten im Ausland wird wieder viel komplizierter, Lieferketten fallen weg und damit auch viele Jobs.
- Die AfD will politische Maßnahmen, die die Erziehungswelt wieder stärker bei Müttern anknüpfen. Entlastung durch funktionierende Kitas? Nicht mit der AfD.

„Die politische Korrektheit gehört auf den Müllhaufen der Geschichte“ – Alice Weidel, AfD

„Wer Homosexualität ausbleibt, dem droht dafür eine Gefängnisstrafe ... Das sollten wir in Deutschland auch machen!“ – Andreas Gehrmann, AfD

„Wir sollten eine SA gründen und aufräumen!“ – Andreas Geithof, AfD

„Wer versucht, die AfD zu richten, den richtet die AfD!“ – Hans-Thomas Tillschneider, AfD

„Das große Problem ist, dass man Hitler als das absolut Böse darstellt.“ – Björn Höcke, AfD

„Das Pack erschließen oder zurück nach Afrika prägen.“ – Dieter Görnert, AfD

„Abschiebung der Antifa nach Buchenwald!“ – Mirko Welsch, AfD

„Es ist richtig, Menschen mit schwarzer Hautfarbe auch weiterhin N**** zu nennen.“ – Thomas Seitz, AfD

Foto: J. Schmitt - Fotolia.com

Sonstiges

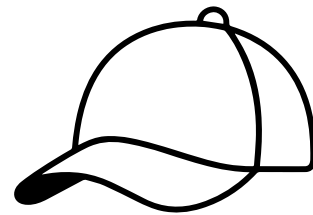
1

Bier-Pong-Becher



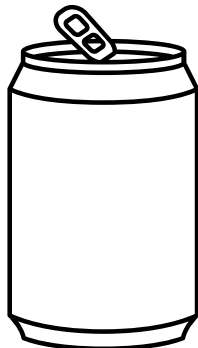
2

“Smash the Patriarchy”-Cap
und “TAX THE RICH”-Cap



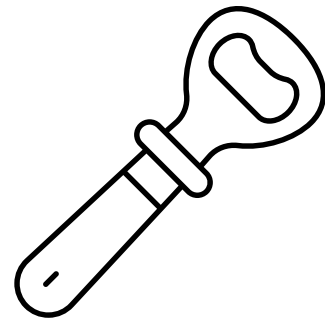
3

Limo und
Energy-Drink



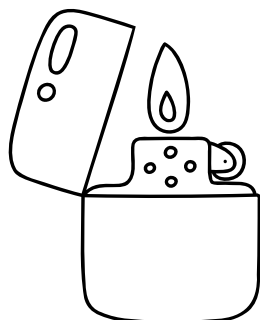
4

“Cheers to
Queers”-
Flaschenöffner



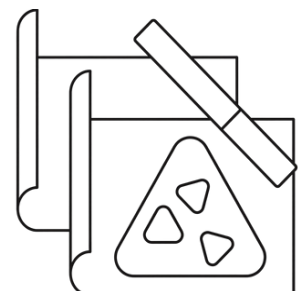
5

„Smash the Patriarchy”-
Feuerzeug



6

„Links gedreht”-
Longpapes



Highlights

The background is a solid pink color. It features several abstract, light pink shapes: a large, thick, curved line on the left side, a wavy, ribbon-like shape in the upper right, and three hand-drawn, white-outlined stars in the lower right corner. A thin, light blue horizontal line is positioned directly beneath the word "Highlights".

Highlights



03. bis 06. August	Dezentraler Kampagnenauftritt in ganz Niedersachsen - ladet uns gerne ein!
22. August	Podiumsdiskussion in Göttingen
04. September	Flashmob in Wolfenbüttel

Anhang

The background is a solid pink color. In the top left corner, there are overlapping semi-circular shapes in two shades of pink. On the left side, there is a wavy, ribbon-like shape in a lighter shade of pink. In the bottom right area, there are three hand-drawn style stars in a light pink color. The word 'Anhang' is centered in the upper half of the page, underlined with a light blue line.

Wohnungsanzeigen

1.)



Möblierte 1-Zimmer-Altbauwohnung in Berlin-Wilmersdorf, ab 1.8.26

10719 Berlin - Charlottenburg >

08.07.2026 89

Wohnfläche		Nebenkosten	
Zimmer	1	Warmmiete	
Schlafzimmer	1	Kautio / Genoss.-Anteile	
Badezimmer	1		
Etage	1		
Wohnungstyp	Etagenwohnung		
Verfügbar ab	August 2026		
Online-Besichtigung	Nicht möglich		
Tauschangebot	Kein Tausch		

🔍 Zusammenfassung

Die möblierte Mietwohnung in Berlin-Wilmersdorf hat 30 m², 1 Zimmer und ist ab 1. August 2026 verfügbar. Sie ist vollständig möbliert und bezugsfertig mit Einbauküche, modernem Badezimmer und Waschmaschine. Die Warmmiete beträgt monatlich, die Kautio und der Mietvertrag ist auf 1 Jahr befristet.

Wohnungsanzeigen

2.)

Außenansicht



Jetzt Online Besichtigen
**HANSESTADT BREMEN
IMMOBILIEN**

1/8

Neustadt / Gepflegte 1-Zimmer-Wohnung in zentraler Lage

28199 Bremen - Neustadt >
07.07.2026 566

Wohnfläche	24 m²	Nebenkosten	
Zimmer	1	Warmmiete	
Etage	1		
Wohnungstyp	Etagenwohnung		

✓ Einbauküche ✓ Keller

✦ Zusammenfassung

Die Mietwohnung in Bremen-Neustadt hat 24 m², 1 Zimmer und liegt im 1. Obergeschoss. Sie verfügt über eine kleine Einbauküche, ein Badezimmer mit Dusche, einen eigenen Kellerraum und Zugang zum gemeinschaftlichen Waschkeller. Die Warmmiete beträgt [REDACTED] Nebenkosten [REDACTED]

Wohnungsanzeigen

3.)



Dachgeschosswohnung mit 3 Zimmern



📍 27793 Niedersachsen - Wildeshausen >

📅 01.07.2026 👁 382

Wohnfläche	60 m²	Warmmiete	
Zimmer	3	Kaution / Genoss.-Anteile	
Schlafzimmer	2		
Badezimmer	1		
Etage	1		
Wohnungstyp	Dachgeschosswohnung		
Verfügbar ab	Juli 2026		

✓ Einbauküche

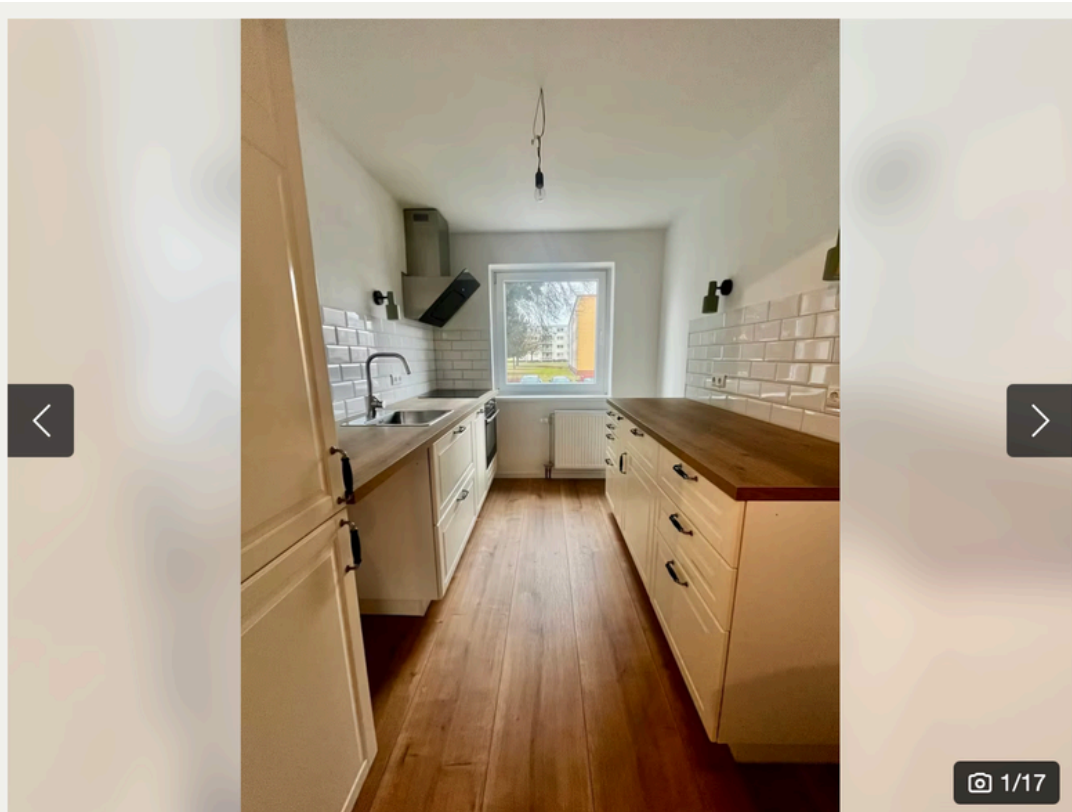
✓ Dachboden

🌟 Zusammenfassung

In Wildeshausen findest du eine Dachgeschosswohnung mit eigenem Eingang, 60 m² und 3 Zimmern. Die hellen Räume mit Dachschrägen bieten eine gemütliche Wohnatmosphäre, und es gibt einen praktischen Abstellraum für zusätzlichen Stauraum. Die Warmmiete beträgt [REDACTED], wobei Strom, Gas und Nebenkosten bereits im Preis enthalten sind, und die Wohnung ist ab Juli 2026 verfügbar.

Wohnungsanzeigen

4.)



3-Zimmer Wohnung, Erstbezug nach Sanierung



📍 38120 Niedersachsen - Braunschweig >

📅 08.07.2026 👁 184

Wohnfläche

Zimmer

3

Schlafzimmer

2

Badezimmer

1

Etage

0

Wohnungstyp

Hochparterre

Verfügbar ab

Juli 2026

Online-Besichtigung

Nicht möglich

Tauschangebot

Kein Tausch

Nebenkosten

Heizkosten

Warmmiete

Kaution / Genoss.-Anteile



Mietpreise der überteuerten Wohnungsanzeigen

1. Berlin

Kaltmiete: 675€
Warmmiete: 800€
Nebenkosten: 125€
Kaution: 2.025€

2. Bremen

Kaltmiete: 495€
Warmmiete: 645€
Nebenkosten: 150€

3. Wildeshausen

Warmmiete: 1.300€
Kaution: 2.600€

4. Braunschweig

Kaltmiete: 828€
Warmmiete: 1.168€
Nebenkosten: 140€
Heizkosten: 200€
Kaution: 2.484€

Was sind kommunale Wohnungsbaugesellschaften¹?

Kommunale Wohnungsbaugesellschaften sind Unternehmen, die einer Stadt oder Gemeinde gehören. Sie bauen, vermieten und verwalten Wohnungen, ähnlich wie private Vermieter, aber mit einem anderen Ziel.

Der wichtigste Unterschied: Sie sollen nicht in erster Linie Gewinn machen, sondern dafür sorgen, dass es genug bezahlbaren Wohnraum für alle gibt.

Das bedeutet konkret:

- Sie schaffen bezahlbaren Wohnraum und wirken steigenden Mieten entgegen.
- Sie bauen auch dort Wohnungen, wo private Investoren kein Interesse haben.
- Sie orientieren sich am Gemeinwohl und nicht am maximalen Profit.
- Sie sorgen für langfristig stabile und faire Mietpreise.
- Sie können gezielt Wohnungen für Menschen bereitstellen, die es auf dem Wohnungsmarkt schwer haben.
- Sie stärken die Entwicklung von Stadtteilen und verhindern Verdrängung.
- Sie geben Kommunen die Möglichkeit, aktiv in den Wohnungsmarkt einzugreifen.
- Gewinne fließen zurück an die Stadt und können wieder in Wohnraum investiert werden.

Kommunale Wohnungsbaugesellschaften sind eng mit der Stadt verbunden und arbeiten daran, Wohnraum für unterschiedliche Menschen bereitzustellen, auch für diejenigen, die auf dem freien Wohnungsmarkt oft schlechtere Chancen haben.

Kurz gesagt: Kommunale Wohnungsbaugesellschaften sorgen dafür, dass Wohnen bezahlbar bleibt und nicht nur nach Profit organisiert wird.

1. <https://www.sbs-legal.de/blog/was-sind-wohnungsbaugesellschaften>, 21.04.2026

Gründe für besonders Betroffene von hohen Mieten

Wer ist besonders von hohen Mieten betroffen und warum?

Steigende Mieten treffen nicht alle Menschen gleich. Besonders betroffen sind Gruppen, die weniger Einkommen haben oder strukturell benachteiligt sind. Dazu gehören vor allem Frauen, junge Menschen und Menschen mit geringem Einkommen.

- **Frauen und Gender Pay Gap:** Frauen verdienen in Deutschland im Schnitt deutlich weniger als Männer, aktuell etwa 16 % weniger pro Stunde.² Gleichzeitig übernehmen sie häufiger unbezahlte Carearbeit, arbeiten öfter in Teilzeit und haben insgesamt weniger Einkommen. Das bedeutet: Ein größerer Anteil ihres Geldes geht für Miete drauf. Wohnen wird so schneller zur finanziellen Belastung.
- **Alleinerziehende:** Alleinerziehende – meist Frauen – sind besonders stark betroffen. Sie müssen Miete alleine tragen und haben oft weniger Einkommen. Gleichzeitig sind sie durch Kinder stärker an eine Wohnung gebunden. Nach Abzug der Wohnkosten sind etwa 36 % der Alleinerziehenden von Armut betroffen.³
- **Altersarmut:** Viele ältere Frauen haben niedrige Renten, weil sie im Laufe ihres Lebens weniger verdient oder häufiger in Teilzeit gearbeitet haben. Dadurch bleibt nach der Miete oft nur wenig zum Leben übrig. Frauen sind insgesamt häufiger von Armut im Alter betroffen als Männer.⁴
- **Azubis und Studierende:** Junge Menschen haben meist ein geringes Einkommen, sind aber besonders stark auf Mietwohnungen angewiesen. Gleichzeitig steigen die Mieten gerade in Städten stark an. Das führt dazu, dass viele einen großen Teil ihres Einkommens für Wohnen ausgeben müssen oder gar keine passende Wohnung finden.
- **Queere Personen:** Queere Menschen sind häufiger von Diskriminierung betroffen, auch auf dem Wohnungsmarkt. Gleichzeitig haben sie im Schnitt oft ein geringeres Einkommen oder weniger familiäre Unterstützung. Das erschwert den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum zusätzlich.

2. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/02/PD26_064_621.html, 21.04.2026

3. <https://www.dgb.de/aktuelles/news/equal-pay-day-wenn-wohnen-zur-armutsfalle-wird>, 21.04.2026

4. <https://www.gleichberechtigt.org/themen/armut>, 21.04.2026

- **Alleinlebende Menschen:** Wer alleine wohnt, zahlt im Schnitt höhere Mieten pro Quadratmeter als Mehrpersonenhaushalte.⁵ Gerade Alleinerziehende und alleinlebende Personen sind deshalb besonders stark belastet.

Kurz gesagt: Hohe Mieten treffen vor allem diejenigen am stärksten, die ohnehin weniger Geld oder schlechtere Chancen haben. Wohnen wird dadurch schnell zur sozialen Frage und nicht nur zu einer Frage des Marktes.

5. <https://www.engagiert.de/aktuelles/alleinlebende-und-alleinerziehende-hohe-mietbelastung-trotz-wachsender-zahlen>, 21.04.2026

Gesprächsleitfaden

Ziel: Locker ins Gespräch kommen mit den bereitgestellten Fragen und Themen.

Wichtige Hinweise für euch: Lieber ein gutes Gespräch als viele Fragen, geht auf das ein, was die Person sagt und bleibt locker. Es ist kein Abfragen, sondern ein Austausch. Und verhaltet euch gerade beim Thema Sicherheit sensibel und offen, schafft eine Atmosphäre, in der sich alle wohlfühlen können.

Einstieg/Bus und Bahn

- Wie kommt ihr heute nach Hause?
- Fährt bei euch noch ein Bus oder wird das schwierig?
- Funktioniert das bei euch gut mit Bus und Bahn, vor allem nachts?
- Gab es schon Situationen, wo ihr nicht gut nach Hause gekommen seid?

Sicherheit

- Fühlt ihr euch auf dem Heimweg sicher?
- Gibt es Orte, an denen ihr euch unwohl fühlt?
- Was müsste sich ändern, damit es besser wird?
- Könnt ihr die Orte hier einmal markieren? (Wenn ihr mit der Karte arbeitet.)

Politischer Anschluss

- Wir setzen uns für bessere Nachtverbindungen und mehr Sicherheit ein. Findet ihr, da müsste mehr passieren?
- Was konkret sollte sich ändern?

Abschluss

- Danke euch für eure Einschätzungen, das hilft uns sehr weiter.

Quiz zu Bus und Bahn in Niedersachsen

1. Wie viele Busse werden in Niedersachsen und Bremen betrieben?⁶

- a) 2.150
- b) 1.980
- c) 1.340

2. Wie viele Menschen pendeln täglich in Niedersachsen zur Arbeit oder Ausbildung?⁷

- a) ca. 2,5 Millionen
- b) ca. 3 Millionen
- c) ca. 1,3 Millionen

3. Wie viele Autos kommen in Niedersachsen/in unserer Kommune auf 1.000 Einwohner*innen?⁸

- a) 522
- b) 619 (Ganz Niedersachsen) ODER je KV anpassen mit der Quelle
- c) 843

4. Wie viele Kilometer Schienennetz hat die Deutsche Bahn in Niedersachsen?⁹

- a) 1.507km
- b) 4.189km
- c) 3.405km

5. Wie viele Bahnhöfe der Deutschen Bahn gibt es in Niedersachsen?¹⁰

- a) 356
- b) 425
- c) 189

Zum Abschluss: Wann fährt in deiner Kommune der letzte Bus am Wochenende? Und fühlst du dich auf dem Nachhauseweg sicher?

6. <https://www.vdv.de/vdv-bericht-v10.pdf>, 15.04.2026

7. <https://www.statistik.niedersachsen.de/presse/deutschlandweite-pendlerrechnung-beinahe-2-5-millionen-menschen-pendelten-in-niedersachsen-2024-zur-arbeit-in-eine-andere-gemeinde-245837.html>, 15.04.2026

8. <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/niedersachsen-besitzen-ueberdurchschnittlich-viele-autos-wolfsburg,autos-196.html>, 15.04.2026

9. <https://www.deutschebahn.com/resource/blob/1172600/7a96b40d6804096010215d63af6b7102/L%C3%A4ndersteckbrief--Niedersachsen-data.pdf>, 15.04.2026

10. <https://www.deutschebahn.com/resource/blob/1172600/7a96b40d6804096010215d63af6b7102/L%C3%A4ndersteckbrief--Niedersachsen-data.pdf>, 15.04.2026

SafeNow-Zones

Was sind SafeNow-Zones?¹¹

SafeNow-Zones sind klar definierte Orte, an denen Menschen über eine App schnell und unkompliziert Hilfe holen können. Das können zum Beispiel Bahnhöfe, Clubs, Festivals, Hochschulen oder andere öffentliche Orte sein.

Wenn sich eine Person in so einer Zone befindet und sich unsicher fühlt, kann sie über die SafeNow-App mit einem Knopfdruck einen Alarm auslösen. Dieser Alarm geht direkt an das Sicherheitspersonal vor Ort. Gleichzeitig wird der genaue Standort der Person übermittelt, sodass Hilfe schnell und gezielt ankommt.

Der große Vorteil: Hilfe kann unauffällig gerufen werden, ohne lange nach Personal suchen oder telefonieren zu müssen. Gerade in unübersichtlichen oder lauten Situationen – etwa nachts, auf dem Heimweg oder bei Veranstaltungen – kann das entscheidend sein.

SafeNow-Zones funktionieren nur dort, wo Betreiber oder Städte dieses System aktiv einsetzen und Sicherheitspersonal eingebunden ist. Ziel ist es, öffentliche Räume sicherer zu machen und Menschen eine einfache Möglichkeit zu geben, Unterstützung zu bekommen.

Kurz gesagt: SafeNow-Zones sind Orte, an denen man per App schnell, unauffällig und direkt Hilfe vom Sicherheitspersonal vor Ort bekommen kann.

¹¹. <https://de.safenow.app/>, 21.04.2026

Unterrepräsentation von FLINTAS*

Warum sind Frauen in der Politik unterrepräsentiert?¹²

Frauen sind in vielen Parlamenten deutlich unterrepräsentiert, auch auf kommunaler Ebene. Das liegt nicht daran, dass es zu wenige interessierte oder geeignete Frauen gibt. Die Gründe sind vielfältig und oft strukturell.

Ein wichtiger Punkt ist Zeit: Viele Frauen übernehmen nach wie vor einen größeren Teil der Carearbeit, etwa bei Kindern oder Angehörigen. Dadurch bleibt oft weniger Zeit für politisches Engagement.

Hinzu kommt, dass Frauen seltener in Positionen arbeiten, die als „typischer Einstieg“ in die Politik gelten, etwa Führungspositionen oder bestimmte Netzwerke. Gleichzeitig sind politische Strukturen oft noch stark von Männern geprägt. Informelle Netzwerke und Erwartungen daran, wie Politik „funktioniert“, können den Zugang zusätzlich erschweren.

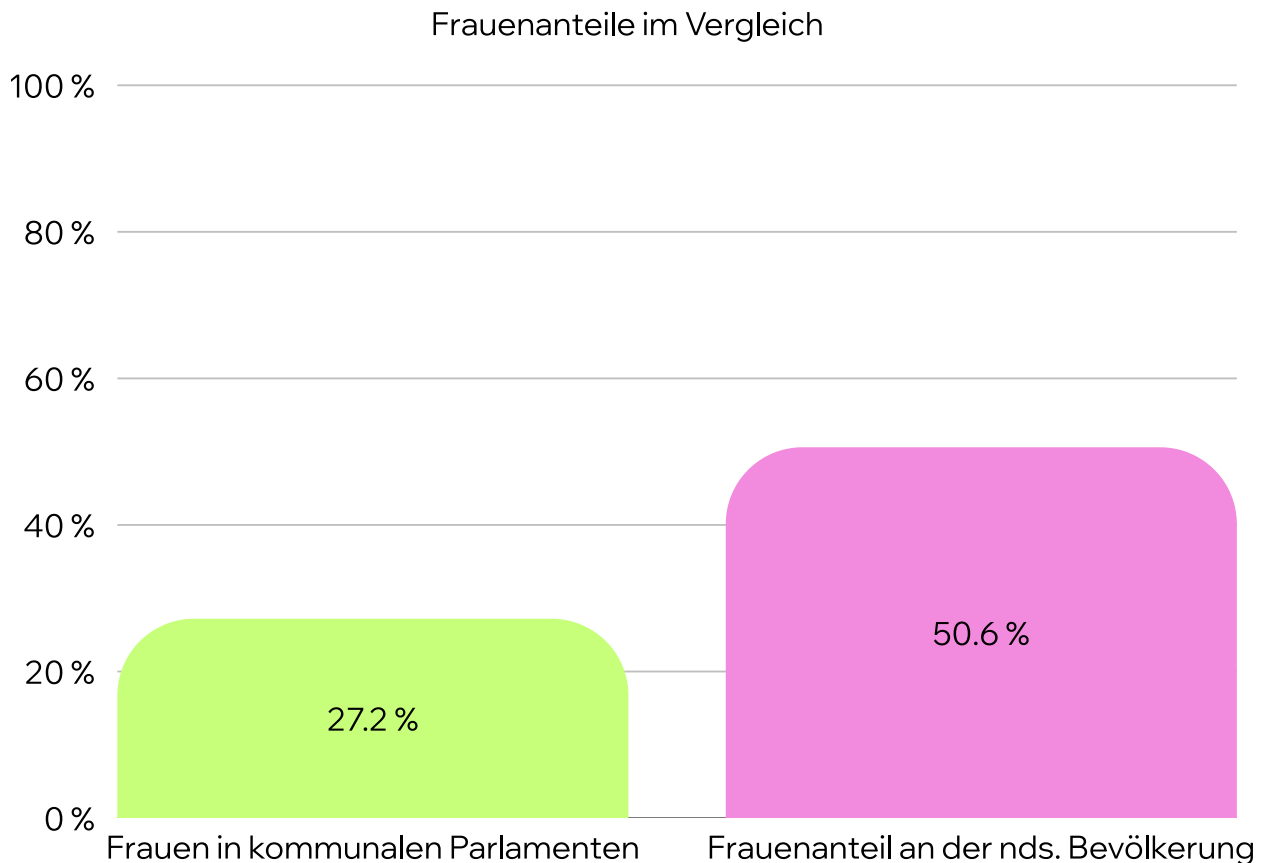
Auch innerhalb von Parteien gibt es Hürden: Wer kandidiert, wird häufig nicht nur nach Qualifikation entschieden, sondern auch durch bestehende Strukturen und Machtverhältnisse. Wenn Parteien Frauen nicht aktiv fördern oder absichern, bleiben sie häufiger außen vor.

Entscheidend ist deshalb: Es liegt nicht an fehlenden Kandidatinnen, sondern vor allem an den Strukturen in Parteien und Politik. Dort entscheidet sich, wer aufgestellt wird und wer nicht.

Ein wirksames Mittel dagegen sind verbindliche Regeln, zum Beispiel Quoten. Sie sorgen dafür, dass Frauen tatsächlich berücksichtigt werden und verändern langfristig auch politische Strukturen.

Kurz gesagt: Frauen sind nicht unterrepräsentiert, weil sie nicht wollen, sondern weil politische Strukturen sie oft benachteiligen.

Balken-Grafik zur Visualisierung der Repräsentationslücke^{13, 14}



13. <https://www.statistik.niedersachsen.de/presse/internationaler-frauentag-frauenanteil-in-parlamenten-240089.html>, 16.04.2026

14. https://www.niedersachsen.de/startseite/land_leute/das_land/zahlen_fakten/bevolkerung/statistische-informationen-uber-die-bevolkerung-des-landes-niedersachsen-19947.html, 16.04.2026

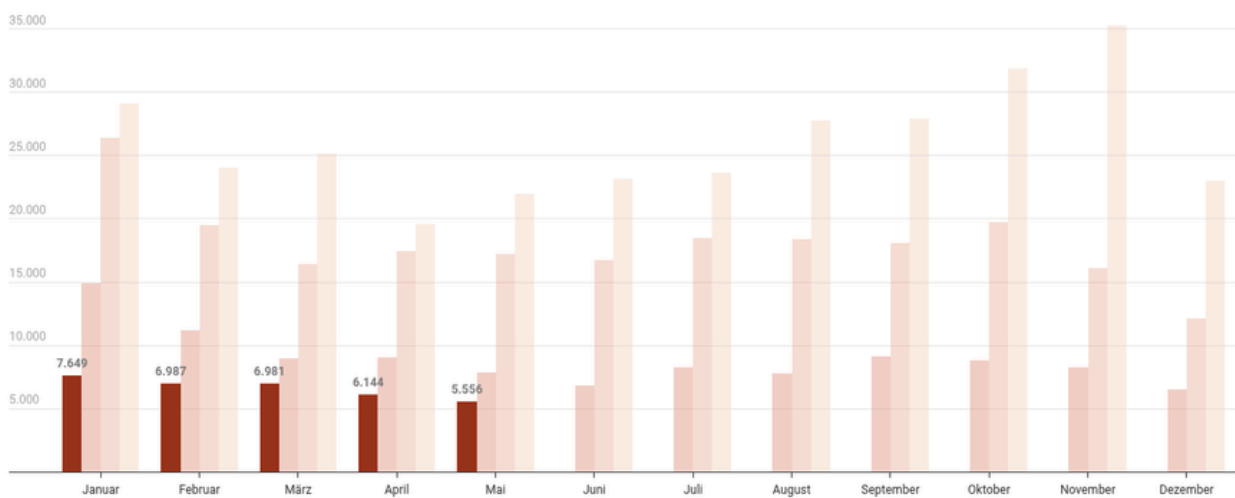
Aktuelle Asylzahlen

Im laufenden Jahr 2026 (einschließlich Mai) sind beim BAMF **34.925 Erstanträge auf Asyl** eingegangen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist die Zahl um 35,3 Prozent gesunken. Im Jahr 2025 wurden insgesamt 168.543 Asylanträge in Deutschland gestellt, 2024 waren es 250.945 Asylanträge, 2023 insgesamt 351.915 Asylanträge.

■ Entwicklung der Erstanträge im Vergleich zum Vorjahr

Monatlich gestellte Erstanträge auf Asyl in Deutschland im Jahresverlauf, in absoluten Zahlen.

■ 2026 ■ 2025 ■ 2024 ■ 2023



Stand: Juni 2026

Grafik: bpb • Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge • Daten

CC BY-NC-ND

Hinweis:

Die Antragszahlen zu Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erfassen in den Jahren 2022 bis 2026 nur einen Teil der tatsächlichen Fluchtzuwanderung nach Deutschland. Im deutschen Ausländerzentralregister waren Ende April 2026 mehr als 1,3 Millionen Schutzsuchende aus der Ukraine registriert. Diese durchlaufen aufgrund einer EU-Richtlinie kein Asylverfahren.

Szenarien aus realen Anhörungen

Fall 1:

“Können Sie mir bitte ausführlicher von dem ersten Vorfall berichten, als der Mann in Ihr Haus eingedrungen ist und Sie mitgenommen wurden? Über die Folter oder Gewalt oder die Vergewaltigung brauchen Sie dabei nicht erzählen.“

Einordnung: Hier wurde der Asylantrag wegen Detailarmheit abgelehnt, obwohl der Anhörer ein Mann, der Dolmetscher ein Mann und keine sonderbeauftragte Person anwesend war.

Fall 2:

“Zu Beginn der Anhörung erklärte der Antragsteller, dass er davon ausgegangen ist, heute in der Sprache Kirundi angehört zu werden. Ihm gegenüber wird erklärt, dass er als Zweitsprache auch französisch angegeben hat. Aus diesem Grund ist heute auch ein französischer Dolmetscher geladen worden. Daraufhin erklärte er gegenüber dem Dolmetscher und dem Unterzeichner, dass es im heutigen Gespräch detaillierte Fragen gibt und er diese in der französischen Sprache wohl nicht so gut äußern könnte. Schlussendlich lässt sich der Antragstellende aber darauf ein die Anhörung auf Französisch durchzuführen.“

Einordnung: Die Klage gegen den ablehnenden Bescheid wurde gewonnen. Der Bescheid musste aufgehoben werden und das BAMF muss erneut eine Anhörung durchführen.

Fall 3:

“Der algerische Staat verfolgt nicht aktiv homosexuelle Männer, um in irgendeiner Weise gegen sie vorzugehen, sei es durch eine Anklage oder durch andere Formen der Verfolgung. Zwar sind gleichgeschlechtliche Beziehungen nach wie vor kriminalisiert und es gibt Hinweise darauf, dass einige homo- oder bisexuelle Männer aufgrund ihrer sexuellen Identität verhaftet werden, doch gibt es keine Anzeichen dafür, dass dies häufig oder weitverbreitet ist, und es kommt fast nie zu strafrechtlichen Verfolgungen wegen gleichgeschlechtlicher Beziehungen.“

Einordnung: Mit dieser Stellungnahme wurde begründet, dass eine Person nach Algerien abgeschoben werden könne.

Fall 4:

“Nach den hier vorliegenden Erkenntnissen beruhen die Asylanträge russischer Staatsangehöriger tschetschenischer Volkszugehörigkeit oftmals nicht auf speziellen Ereignissen in Tschetschenien und sind häufig nicht politisch motiviert, sondern haben andere Gründe - da es sich bei tschetschenischen Antragstellern außerdem überwiegend um Großfamilien handelt ergeben sich hier große finanzielle Anreize - sowie die Aktivitäten krimineller Schleuserbanden. Anhaltspunkte, dass eine Einberufung des Antragstellers ausnahmsweise nicht durch das flüchtlingsrechtlich unerhebliche Streben des Staates nach Aufrechterhaltung und Stärkung seiner militärischen Kapazitäten motiviert sein sollte, sondern der Einschüchterung und Disziplinierung eines in den Augen des Staates politischen, religiösen oder ethnischen Gegners in Person des Antragstellers dienen sollte, liegen nicht vor.”

Einordnung: Ein junger Mann, der aus Russland vor einer Einberufung geflohen ist, bekommt kein Asyl und stattdessen werden ihm Vorurteile in Bezug auf seine Ethnie entgegengebracht und eine mögliche Einberufung durch das russische Militär wird als legitim beschrieben.

Argumentationshilfe

Asyl ist ein Grundrecht und Teil internationaler Schutzverpflichtungen. Kommunen stehen vor Herausforderungen bei Unterbringung und Integration, profitieren aber langfristig davon, wenn diese gut organisiert und ausreichend finanziert wird.

Asyl ist ein Rechtsanspruch, keine freiwillige Leistung.

- Das Grundgesetz garantiert politisch Verfolgten Schutz (Art. 16a GG), ergänzt durch die Genfer Flüchtlingskonvention und europäisches Recht.
- Über Asylanträge entscheiden Bundesbehörden und Gerichte, nicht die Kommunen.

Kommunen brauchen Unterstützung statt Überforderung.

- Viele Herausforderungen entstehen durch fehlende Finanzierung, Personalmangel und zu wenig Wohnraum.
- Eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen erleichtert Unterbringung, Sprachförderung und Integration.

Integration lohnt sich.

- Frühe Sprachkurse, Zugang zu Bildung und Arbeit fördern Selbstständigkeit.
- Langfristig leisten Geflüchtete einen Beitrag zum Arbeitsmarkt und zur Gesellschaft

Menschenwürde gilt für alle.

- Auch während eines Asylverfahrens müssen menschenwürdige Unterbringung, medizinische Versorgung und Bildung gewährleistet sein.

Gegenargumente

Aussage	Gegenargument
„Die Kommunen sind überlastet.“	Ja, viele Kommunen stehen unter Druck. Deshalb brauchen sie mehr Geld und Unterstützung – nicht weniger Menschlichkeit.
„Warum helfen wir nicht zuerst den Menschen hier?“	Gute Sozialpolitik hilft allen. Mehr Wohnungen, bessere Kitas und gute Schulen kommen der gesamten Bevölkerung zugute.
„Deutschland kann nicht alle aufnehmen.“	Niemand fordert das. Asyl ist ein Grundrecht für Menschen, die Schutz vor Verfolgung brauchen.
„Abgelehnte Asylbewerber müssen ausreisen.“	Das geltende Recht gilt. Wichtig sind faire, rechtsstaatliche und zügige Verfahren.
„Geflüchtete kosten zu viel Geld.“	Integration kostet zunächst Geld. Gute Integration stärkt aber langfristig Gesellschaft und Arbeitsmarkt.
„Geflüchtete arbeiten doch gar nicht.“	Viele möchten arbeiten, erhalten aber teilweise unter bestimmten Bedingungen jahrelang keine Arbeitserlaubnis. Häufig verhindern lange Verfahren, Bürokratie oder fehlende Anerkennung von Abschlüssen oder Staaten einen schnellen Einstieg.
„Es gibt zu viele Straftaten durch Geflüchtete.“	Viele Straftaten können gar nicht durch Menschen mit deutschem Pass begangen werden, z.B. illegale Grenzüberschreitung, illegaler Aufenthalt etc. Diese fließen in die Statistiken ein und verzerren dadurch das Bild. Trotzdem gilt; Straftaten müssen konsequent verfolgt werden – unabhängig von der Herkunft. Einzelne Täter stehen nicht für eine ganze Gruppe.
„Unsere Kultur geht verloren.“	Eine offene Gesellschaft entwickelt sich ständig weiter. Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte bleiben die gemeinsame Grundlage.

Risiken und Nebenwirkungen von Abschiebungen

Warum Abschiebungen Gesundheit und Demokratie riskieren

Abschiebungen werden seit Jahren als Element von Sicherheit und Ordnung propagiert. Doch Abschiebungen sind Akte staatlich legitimer Gewalt mit teilweise schweren Risiken und Nebenwirkungen. Sie reißen Menschen aus ihrem sozialen Umfeld, trennen Familien, zerstören Lebenswege und haben oft erhebliche gesundheitliche Folgen. Abschiebeoffensiven gefährden das Grundrecht auf Asyl und sind ein Risiko für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Abschiebungen von Angehörigen besonders schutzbedürftiger Gruppen wie Kinder, Schwangere, Menschen mit Behinderungen oder schweren Erkrankungen sind mit menschenrechtlichen Prinzipien nicht vereinbar.

Angehörige des Gesundheitswesens warnen:

Abschiebungen...

1. gefährden Gesundheit und Leben



Abschiebungen verursachen extremen Stress. Sie bergen das Risiko von (Re-)Traumatisierungen und Destabilisierungen bis hin zu Suizidversuchen. Die Abschiebedrohung über lange Zeiträume, soziale Entwurzelung, unterbrochene Therapien oder fehlende Anschlussbehandlungen machen krank und gefährden Heilungsprozesse.

2. verletzen Menschenwürde und Grundrechte

Ein Rechtsstaat ist zum Schutz der Menschenwürde verpflichtet. Abschiebungen greifen tief in die Menschenwürde, die soziale Existenz und die Grundrechte Betroffener ein. Die Durchsetzung von Abschiebungen um jeden Preis ist mit dem Rechtsstaat unvereinbar.



3. bringen Gesundheitsfachkräfte in ethische Konflikte

Das Genfer Gelöbnis verpflichtet dazu, die Gesundheit und das Wohlergehen von Patient*innen an erste Stelle zu setzen. Eine ärztliche Mitwirkung an Abschiebungen steht dem entgegen. Wenn ärztliches Handeln faktisch zu einer gesundheitsgefährdenden Maßnahme beiträgt, entsteht ein schwerer Rollenkonflikt zwischen Fürsorgepflicht und staatlichem Vollzugsinteresse.



4. kommen teuer – verschenken Potenziale



Abschiebungen verursachen erhebliche Kosten und sind volkswirtschaftlich kontraproduktiv: Zu Personal-, Verwaltungs-, Haft-, Transport-, Begleit- und medizinischen Kosten kommen eine Vielzahl indirekter Kosten und verlorener Chancen. Während mehr Zuwanderung die Rente für alle sicherer macht und wirtschaftlich sinnvoll ist, werden potentielle Arbeitskräfte und Beitragszahler*innen mit hohen Kosten abgeschoben.

5. erzeugen gefährliche Scheinlösungen

Abschiebungen werden zunehmend als Lösung sozialer Probleme dargestellt. Tatsächlich bekämpfen sie aber keine Ursachen sozialer und wirtschaftlicher Krisen und können so auch keine Antworten liefern. Die Stigmatisierung Geflüchteter als Schuldige für soziale Schief lagen ist Wasser auf den Mühlen rechtsextremer Parteien.



6. beschleunigen autoritäre Tendenzen

Eine ausgeweitete Abschiebepaxis simuliert staatliche Souveränität durch Durchsetzung und Härte. Wenn in der gesellschaftlichen Diskussion Härte zum politischen Signal wird, verschiebt sich die Grenze des Zumutbaren, exekutive Eingriffe in existenzielle Lebensbereiche werden zunehmend als normal empfunden. Die „Abschiebeoffensive“ wird zum Einfallstor autoritärer Tendenzen und zum Werkzeug rechter Akteur*innen.



Risiken und Nebenwirkungen von Abschiebungen

Abschiebungen ...

1. gefährden Gesundheit und Leben

Selbst gesunde Menschen können durch Abschiebungen oder ein jahrelanges Leben mit Duldung und in existenzieller Unsicherheit schwer geschädigt werden. Dies gilt mehr noch für kranke oder traumatisierte Menschen, Menschen mit Behinderungen, Schwangere sowie Kinder und Jugendliche. Die Unsicherheit erhöht durch pausenlose Stressbelastung das Risiko für Depressionen und Angststörungen, Suizidalität, Komorbiditäten wie etwa Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Komplikationen in der Schwangerschaft. Abschiebungen schrecken Geflüchtete zudem vor notwendigen Arztbesuchen ab („Chilling Effect“). Die Abschiebemaßnahme ist eine extreme Angst- und Stresssituation. Behörden müssen diese abbrechen, wenn eine gravierende Gesundheitsgefährdung besteht oder droht, was immer wieder vorkommt. Mit der Abschiebung drohen Verstärkung posttraumatischer Beschwerdebilder, Chronifizierung und oft unzureichende medizinische Anschlussversorgung. Humanitäre Bleiberechtsregelungen bieten einen Ausweg aus destruktiver Abschiebelogik.

2. verletzen Menschenwürde und Grundrechte

Abschiebungen können das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, auf Familie und effektiven Rechtsschutz sowie das Verbot von Zurückweisungen in Länder, in denen ihnen Folter oder schwere Menschenrechtsverletzungen drohen, verletzen. Freiheitsentzug zur Erleichterung von Abschiebung ist grundrechtlich hochproblematisch. In etwa der Hälfte der Fälle wird dies sogar rechtswidrig angeordnet. Bei vielen Abschiebungen wird die Menschenwürde sowohl der Betroffenen wie der Mitwirkenden beschädigt, etwa durch Fesselungen oder der medikamentösen Ruhigstellung verzweifelter Menschen. 2025 stieg der Einsatz körperlicher Gewalt um fast 40 Prozent. Nicht zuletzt deshalb verweigern immer mehr Pilot*innen Abschiebungen. Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht relativierbar, urteilte schon 2012 das Bundesverfassungsgericht.

3. bringen Gesundheitsfachkräfte in ethische Konflikte

Ärztliches Handeln basiert auf dem Grundsatz „primum non nocere“ – zuerst nicht schaden. Eine ärztliche Beteiligung an Zwangsmaßnahmen zur Erleichterung der Abschiebung ist nicht Bestandteil ärztlicher Aufgaben und kann nicht eingefordert werden, betont der Weltärztebund. Besonders Amtsärzt*innen stehen unter Druck, da sie neben der ärztlichen Berufsordnung auch dienstrechtlichen Vorgaben unterliegen. Dennoch besteht keine generelle Mitwirkungspflicht: Schweigepflicht und Berufsethik bleiben verbindlich. Abschiebungen aus medizinischen Einrichtungen sind eine eklatante Missachtung medizinischer Schutzzräume; der Deutsche Ärztetag 2025 forderte sie grundsätzlich zu untersagen. Neben Gesundheitsrisiken für Betroffene belasten Abschiebungen auch Mitpatient*innen sowie Beschäftigte und verletzen deren ärztliche Fürsorgepflicht.

4. kommen teuer – verschenken Potenziale

Verfügbare Zahlen zeigen, dass Abschiebungen öffentliche Haushalte erheblich belasten. 2025 lagen allein die Personalkosten der Bundespolizei für Flugbegleitungen bei über 10 Millionen Euro. Charterflüge kosten bis zu 600.000 Euro pro Flug. Für den Bau eines neuen Abschiebegefängnisses werden rund 300 Millionen Euro veranschlagt. Langwierige Passbeschaffungen, diplomatische Abstimmungen und unkontrollierbare Einzelfaktoren binden erhebliche Ressourcen und machen Abschiebungen ineffizient. Diese Mittel könnten gesellschaftlich sehr viel sinnvoller genutzt werden. Hinzu kommen indirekte Kosten: wirtschaftliche Auswirkungen des Fachkräftemangels, Verlust öffentlicher Investitionen in die Integration der Abgeschobenen sowie soziale Folgekosten etwa bei Familientrennungen. Eine pragmatische und aufnahmeorientierte Migrationspolitik hat volkswirtschaftliche und finanzpolitische Vorteile: Migration erhöht nicht nur die Wirtschaftsleistung, sondern entlastet öffentliche Haushalte, zeigt eine neue Studie.

5. erzeugen gefährliche Scheinlösungen

Abschiebungen werden oft mit Sicherheit, Ordnung und Entlastung der Kommunen begründet. Tatsächlich lösen sie keine strukturellen Probleme in den Kommunen, die maßgeblich aus jahrzehntelanger Spar- und Privatisierungspolitik resultieren. Mehr Abschiebungen und Zurückweisungen an den Grenzen schaffen keine Sicherheit, inszenieren Sicherheit aber auf Kosten von Geflüchteten und zu Gunsten rechtsextremer Diskurse. Auch Einschränkungen beim Familiennachzug dienen nur vermeintlich der Migrationskontrolle; tatsächlich gibt es kaum eine besser planbare und geordnetere Form der Asylumigration. Fachleute warnen daher, dass diese faktenfeindliche Politik Chaos statt Ordnung schafft und affektpolitisch aufgeladene Ersatzhandlungen statt echter Krisenbearbeitung anbietet. Auch droht weiterer Vertrauensverlust in demokratische Institutionen, wenn die vollmundig angekündigte „Abschiebeoffensive“ an rechtsstaatlichen Hürden und der irreführenden Erzählung einer „Vollzugslücke“ bei Abschiebungen scheitern sollte.

6. beschleunigen autoritäre Tendenzen

Die sogenannte „Abschiebeoffensive“ verschiebt den Diskurs von humanitärem Schutz zu offensiv propagierter Härte. „Härten und schärfen“ heißt das im Innenministerium, „Remigration“ bei der AfD. Maßnahmen wie De-facto Haft für Dublin-Geflüchtete, „Return Hubs“ außerhalb der EU, unbefristete Abschiebehaft, eingeschränkter Rechtsschutz, Sozialleistungsentzug sowie die Begrenzung des Familiennachzugs sind die jüngst erdachten Grausamkeiten. Auch die Forcierung von Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien sowie brutale Abschiebungen aus Kirchenasyl und Kliniken verschieben die Grenze des Zumutbaren. Für eine Migrationspolitik der Härte höhlt der Staat rechtsstaatliche Prinzipien aus und beschneidet Grundrechte zugunsten autoritärer Kontrollpraktiken – zum Nachteil von uns allen. Historisch führt die Ausgrenzung einzelner Gruppen zur Einschränkung der Rechte und Freiheiten aller.



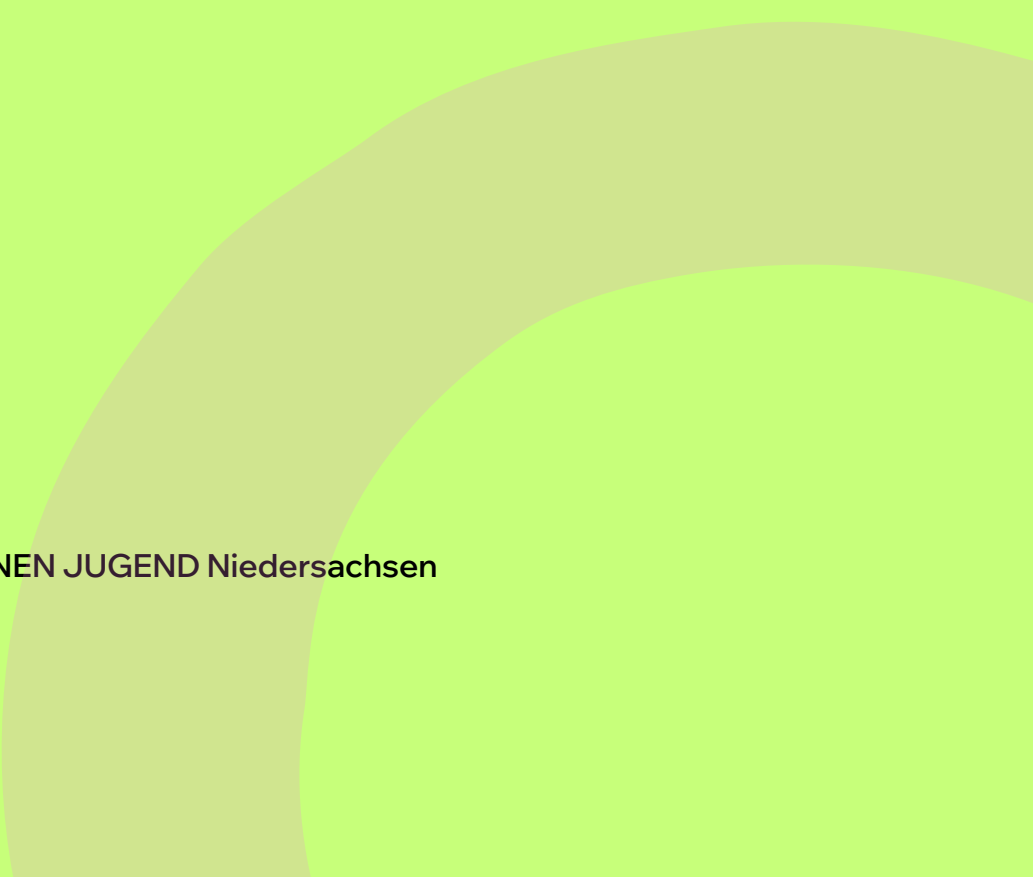
Eine Information der IPPNW – Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V.
Frankfurter Allee 3, 10247 Berlin | www.ippnw.de, ippnw@ippnw.de
1. Auflage 2026 | V.i.S.d.P.: Franca Brüggen
Unterstützen Sie unsere Arbeit: ippnw.de/bit/penden

Hier finden Sie den digitalen Flyer
mit Quellennachweisen:
ippnw.de/bit/risiken-abschiebung





GRÜNE JUGEND



Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen
Landesgeschäftsstelle
Odeonstraße 4
30159 Hannover